

Alles Gute.



Erklärung des Vorstandes der KVBW zu

- **Honorarverhandlungen 2013 - Es geht so nicht weiter!**
- **System der Selbstverwaltung wird vom GKV-Spitzenverband in Frage gestellt und droht zu scheitern**

Sehr geehrte Frau Kollegin,
sehr geehrter Herr Kollege,

in tiefer Sorge um den Fortbestand einer qualitativen Patientenversorgung und des Erhaltes der Praxis des niedergelassenen Arztes und Psychotherapeuten in Baden-Württemberg wenden wir uns an Sie angesichts der derzeitigen Auseinandersetzungen der deutschen Ärzteschaft mit dem GKV-Spitzenverband auf Bundesebene.

Die vom Erweiterten Bewertungsausschuss mit Stimmen der Krankenkassen und des unparteiischen Vorsitzenden vorgegebene „Honorarerhöhung“ auf Bundesebene von 0.9 % für 2013 ist für alle Ärzte und Psychotherapeuten auch in Baden-Württemberg völlig inakzeptabel – insbesondere auch nach einem „Plus“ von nur 1,25 % in 2011 und 2012. Dies geht an der wirtschaftlichen Entwicklung, der Inflationsrate, den Tarifabschlüssen in der freien Wirtschaft und der Versorgungsrealität völlig vorbei.

Darüber hinaus verbitten wir uns kontinuierliche Diskreditierungen der ärztlichen und psychotherapeutischen Integrität und der Qualität unseres Tuns durch einzelne Vertreter der Vertragspartner auf Bundesebene und bedauern, dass die dortigen Verhandlungen nicht mehr auf einem Niveau stattfinden, das die Patienten in den Mittelpunkt stellt und den Wert ärztlicher und psychotherapeutischer Tätigkeit anerkennt.

Mit dem GKV-Versorgungsstrukturgesetz hat der Gesetzgeber für 2013 ganz gezielt in mehreren Bereichen eine Verbesserung der Versorgung der Kranken in die Wege geleitet. Diese vorgesehene Verbesserung wird jetzt vom GKV-Spitzenverband mit Hilfe des Vorsitzenden des Erweiterten Bewertungsausschusses, Professor Dr. Jürgen Wasem, auf fraglicher Rechtsgrundlage ausgehebelt und trotz vorhandenem Spielraum ein Abbau der Patientenversorgung einleitet. Wer den Auftrag des Gesetzgebers willentlich unterläuft, führt diesen ad absurdum, missachtet die staatliche Ordnung dieses Landes und wird zu einem unkontrollierten Staat im Staate, der umsetzt, was er und nicht was die Gesellschaft durch den von ihr gewählten Gesetzgeber wünscht.

Die KBV hat am 03.09.2012 zu Recht als Konsequenz alle Verhandlungen auf allen Ebenen mit dem GKV-Spitzenverband gestoppt, **bis im Grundsatz geklärt ist**, ob die gesetzliche Krankenversicherung bereit ist, mit den Ärzten und Psychotherapeuten gemeinsam eine adäquate Patientenversorgung zu gewährleisten und insbesondere auch die kontinuierliche Diskreditierung der Ärzte und Psychotherapeuten beendet. Durch die derzeitige Blockadepolitik auf mehreren Ebenen verlässt der GKV-Spitzenverband auf Bundesebene das System der Selbstverwaltung und er ist es, der damit die Systemfrage heute stellt.

Für die Ärzte und Psychotherapeuten ist nunmehr abhängig von den Ereignissen der kommenden Tage der Zeitpunkt gekommen zu entscheiden, ob sie bereit sind, ein „Es geht so nicht weiter“ zu tragen und damit auch ggf. die Frage zu beantworten, ob wir nicht die Versorgung den

Ein Schreiben der Kassenärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg an ihre Mitglieder,
Stuttgart, 5. September 2012

zur Verfügung stehenden Mitteln anzupassen haben.

Hierzu werden wir Sie ggf. zeitnah in einem Plebiszit befragen.

Die Kassenärztliche Bundesvereinigung hat Klage gegen den Beschluss des Erweiterten Bewertungsausschusses eingereicht und insbesondere Gesundheitsminister Bahr als Rechtsaufsicht aufgefordert, den Beschluss des Erweiterten Bewertungsausschusses zu beanstanden und damit Neuverhandlungen mit dem Ergebnis akzeptabler Bedingungen für die Ärzte und Psychotherapeuten auch in Baden-Württemberg zu erreichen. Wir hoffen sehr, dass der GKV-Spitzenverband auf Bundesebene seine Politik gegen die Kranken, Ärzte und Psychotherapeuten beendet und zur Realität der Versorgung in der Bundesrepublik Deutschland zurückkehrt. Wir werden Sie hierüber engmaschig informieren und verweisen auch auf die regelmäßig aktualisierten Mitteilungen auf der Website der KV Baden-Württemberg (www.kvbawue.de).

Baden-Württemberg ist nicht Berlin und Berlin ist nicht Deutschland. Während man auf Bundesebene meint, in den ineffektiven rituellen Auseinandersetzungen vergangener Jahrzehnte das Heil zu suchen, vergisst man, dass seit der Aufklärung in Europa Vernunft der Maßstab der Weiterentwicklung ist, nicht jedoch Grabenkämpfe, was die Vertragspartner in unserem Bundesland schon immer erkannt hatten...

Mit freundlichen Grüßen



Dr. med. Norbert Metke
Vorsitzender des Vorstandes



Dr. med. Johannes Fechner
stellv. Vorsitzender des Vorstandes